



## ÖSTERREICHISCHE NOTARIATSKAMMER

Wien, am 15. November 1988  
GZ. 126/88, Mag.M./Kl.

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

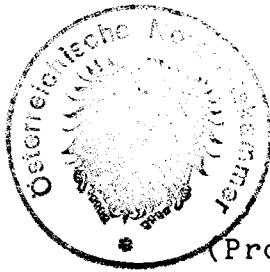
Betreff:	GESETZENTWURF
ZL	54 GE/988
Datum:	28. NOV. 1988
Verteilt	29. Nov. 1988 <i>Festkeller</i>

Betreff: Entwurf des Rechnungslegungsgesetzes 1989;  
Begutachtungsverfahren, GZ. 10.030/94-I 3/88

*f. Bauer*

Die Österreichische Notariatskammer übersendet in der Anlage  
25 Exemplare ihrer Stellungnahme zum obigen Gesetzesentwurf.

Beilagen



Der Präsident:

(Prof. Dr. Kurt Wagner)



## ÖSTERREICHISCHE NOTARIATSKAMMER

Wien, am 22. November 1988  
GZ. 126/88, Mag.M./G.

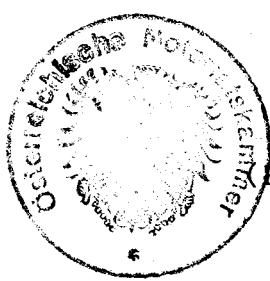
An das  
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7  
1070 Wien

Betrifft: Entwurf des Rechnungslegungsgesetzes 1989;  
Begutachtungsverfahren, GZ. 10.030/94-I 3/88

Zu dem übermittelten Gesetzesentwurf für ein Rechnungslegungsgesetz erlaubt sich die Österreichische Notariatskammer darauf hinzuweisen, daß aus dem Gesetzesentwurf nicht klar hervorgeht, ob im Sinne des § 225 HGB, welcher die Größenklassen umschreibt, bei Kapitalgesellschaften überhaupt oder nur bei "Großen Kapitalgesellschaften" die Aufsichtsratspflicht kraft Gesetzes auch dann eintritt, wenn die beiden Kriterien S 150 Mio Bilanzsumme und S 300 Mio Umsatzerlöse vorliegen. Eine Klarstellung erachtet die Österreichische Notariatskammer für erforderlich. Sonst wird dem Entwurf zugestimmt.

An das Präsidium des Nationalrates ergehen 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme.



Der Präsident:  
Prof. Dr. Kurt Wagner